

Erbschaft

Quelle: Fotolia

Greift der Staat jetzt nach dem Erbe?

Ute Pappelbaum

Die Debatte um die Erbschaftsteuer ist älter als der aktuelle Vorstoß der SPD. Neu ist lediglich ihre Funktion. Sie dient weniger der fiskalischen Sanierung als der politischen Projektion eines Problems, das sich anders kaum noch adressieren lässt: hoher staatlicher Finanzbedarf bei gleichzeitig blockierten Einnahmequellen.

Hoher Finanzbedarf trifft auf begrenzte Spielräume

Deutschland steht vor strukturellen Ausgaben, die sich nicht mehr verschieben lassen. Verteidigung, Infrastruktur, Demografie, Bildung. Gleichzeitig sind die klassischen Instrumente politisch ausgereizt. Die Einkommensteuer belastet längst nicht mehr nur Spitzenverdiener, sondern die breite Mitte. Die Mehrwertsteuer gilt als sozial regressiv und damit als politisches Risiko. Neue Schulden bleiben rechtlich begrenzt und kulturell umstritten. In dieser Lage rücken Vermögen in den Blick, die nicht erarbeitet, sondern übertragen werden. Nicht aus Ideologie, sondern aus fiskalischer Logik.

Warum die Erbschaftsteuer politisch wieder relevant wird

Die SPD rahmt ihren Vorstoß mit dem Begriff der Gerechtigkeit. Warum Arbeit hoch besteuert wird, Erbschaften aber oft kaum, ist eine Frage, die sich leicht stellen lässt und kommunikativ trägt. Was fehlt, ist

eine konsistente wirtschaftspolitische Erzählung, die über Umverteilung hinausweist. Die Erbschaftsteuer wird damit zum Stellvertreter für schwaches Wachstum, geringe Produktivitätszuwächse und eine Reformagenda, die seit Jahren stagniert. Wo wirtschaftliche Dynamik ausbleibt, beginnt politische Verteilung.

Der SPD-Vorschlag zur Erbschaftsteuer im Überblick

Der Vorschlag folgt dieser Logik konsequent. Vorgesehen ist ein lebenslanger Freibetrag von einer Million Euro, wobei der überwiegende Teil auf familiäre Erbschaften entfällt. Für Betriebsvermögen soll ein zusätzlicher Freibetrag von fünf Millionen Euro gelten. Erst darüber hinaus ist eine progressive Besteuerung vorgesehen. Unternehmen mit Arbeitsplatzgarantien sollen über lange Stundungszeiträume entlastet werden. Auf konkrete Steuersätze verzichtet die SPD bislang bewusst. Das ist weniger ein ausformulierter Steuerentwurf als ein ordnungspolitisches Signal: Große Vermögen sollen steuerlich wieder sichtbar werden, Ausnahmen systematisch begrenzt.

Welche fiskalische Wirkung die Erbschaftsteuer tatsächlich hat

Ökonomisch bleibt die Wirkung überschaubar. Die Erbschaftsteuer trägt nur einen kleinen Teil zum Gesamtsteueraufkommen bei. Sie kann Einnahmen ergänzen, aber keine strukturellen Finanzierungsprobleme lösen. Ihre Bedeutung liegt nicht in der Höhe der Einnahmen, sondern in ihrer symbolischen Kraft. Sie definiert neu, wie Eigentum, Leistung und Staat zueinander stehen sollen.

Müssen Erben die Volkswirtschaft retten?

Erben sollen mit dieser Steuer nicht die Volkswirtschaft stabilisieren. Sie geraten vielmehr in eine Rolle, die politisch bequem ist. Sie sind zahlenmäßig begrenzt, gesellschaftlich wenig organisiert und moralisch leicht angreifbar. Das macht sie zu geeigneten Adressaten einer Umverteilungsdebatte, deren ökonomische Tragweite begrenzt bleibt.

Auswirkungen auf Familienunternehmen und Mittelstand

Für Familienunternehmen ist diese Debatte eine Frage der Planbarkeit. Betriebsvermögen ist in der Regel gebunden, nicht liquide. Maschinen, Grundstücke und Beteiligungen lassen sich nicht ohne Folgen für Investitionen und Beschäftigung belasten. Auch lange Stundungszeiträume ändern nichts an der grundsätzlichen Unsicherheit, die entsteht, wenn sich die steuerliche Systemlogik verschiebt.

Das eigentliche Risiko der Erbschaftsteuer-Debatte

Das Risiko liegt weniger in der Reform selbst als in der impliziten Perspektive. Wohlstand erscheint zunehmend als abzuschöpfende Größe, weniger als investive Grundlage. Kapital wird primär als Finanzierungsquelle des Staates betrachtet, nicht als Träger wirtschaftlicher Kontinuität. Diese Verschiebung bleibt nicht folgenlos für Investitionsentscheidungen und Standortvertrauen.

Erbschaftsteuer als Spiegel der Wirtschaftspolitik

Die Erbschaftsteuer ist kein Rettungsinstrument. Sie ist ein Spiegel. Er zeigt ein Land, das viel zu verteilen hat – und auffallend wenig darüber spricht, unter welchen Bedingungen wieder mehr entstehen soll.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947799/Greift-der-Staat-jetzt-nach-dem-Erbe/>